

16. Mai 2019

Medienmitteilung Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

Das Schlussresultat einer Volksabstimmung bildet nicht immer den «wahren Volkswillen» ab

Sechs Prozent der Bürgerinnen und Bürger stimmen kompensatorisch ab: In der Annahme, dass einer erfolgreichen Volksinitiative bei der Umsetzung die Spitze genommen wird, stimmen sie einem Begehren zu, das ihnen eigentlich zu radikal ist. Grossen Einfluss auf kompensatorisches Abstimmen hat das Vertrauen oder Nicht-Vertrauen in die Regierung. Dies fördert eine Studie des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) zutage, die anhand der VOX-Erhebungen von 1993 bis 2005 erstmals das kompensatorische Abstimmen bei Volksinitiativen analysierte.

Nirgendwo sonst fliesse die politische Haltung von Bürgerinnen und Bürger derart unmittelbar in politische Entscheidungen ein wie in der direkten Demokratie, sagen deren Verfechter. Sie bilde den «wahren Volkswillen» ab. Aber stimmt das denn auch? Sind es tatsächlich die Haltungen zu einer vorgelegten Sachfrage, die den Ausschlag für ein «Ja» oder «Nein» gaben oder wollten die Stimmenden «dene z' Bärn obe» nicht vielmehr einen «Schuss vor den Bug» setzen?

Die vorliegende Studie analysiert erstmals das kompensatorische Abstimmen bei Volksinitiativen. Kompensatorisches Abstimmen meint, drei Schritte vorausdenken: Im Falle einer Volksinitiative vorwegnehmen, wie sie im Fall einer Annahme von den Behörden umgesetzt wird und allenfalls einem Begehren zustimmen, das man eigentlich für zu radikal hält. Denn über die Umsetzung einer angenommenen Volksinitiative entscheiden (paradoxe Weise) Organe, die selbige zuvor in aller Regel bekämpften.

Je älter die Stimmenden, desto eher stimmen sie kompensatorisch

Die Studie des ZDA kommt zu interessanten Befunden:

- Im Schnitt stimmen etwas mehr als 6 Prozent der gut informierten Stimmenden kompensatorisch ab. Jedoch variiert dieser Wert zwischen den einzelnen Initiativen stark. Am meisten kompensatorisch abgestimmt (14.8 Prozent) wurde bei der Volksinitiative «Gegen illegale Einwanderung» (1996), am wenigsten (2.2 Prozent) bei der Volksinitiative «Ja zu Europa» (2001). Der Anreiz, kompensatorisch abzustimmen, war bei ersterer ungleich stärker, da sie von Bundesrat und Parlament mehrheitlich abgelehnt wurde und viel Manövrierraum bei der Umsetzung bot.
- Je älter die Stimmenden sind, desto eher neigen sie dazu, kompensatorisch abzustimmen. Sie sind erfahrener als junge Stimmende und haben die eine oder andere Umsetzung einer erfolgreichen Volksinitiative – oft in «glatgebügelter» Form – mitverfolgt.
- Das Vertrauen in die Behörden hat wesentlichen Einfluss auf kompensatorisches Abstimmen. Je weniger ein/e Stimmende/r der Regierung vertraut, desto eher neigt er/sie dazu, einem Ansinnen

zuzustimmen, das ihm/ihr eigentlich zu radikal ist.

Gefährden kompensatorische Stimmende die Abstimmungsdemokratie?

Das Resultat einer Volksabstimmung ist also nie die exakte Wiedergabe des «wahren Volkswillens». Dies ist insofern brisant, als die Legitimität direktdemokratischer Entscheide auf der Annahme beruht, dass sie die individuelle politische Haltung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger reflektieren. Gefährden kompensatorische Stimmende die Abstimmungsdemokratie? «Wir glauben nicht», sagt Thomas Milic, Co-Autor der Studie. Zudem lasse sich dieses Vorgehen nicht unterbinden. «Menschen sind vernunftbegabte Geschöpfe, die wie Schachspieler versuchen, die nächsten Schritte vorwegzunehmen. Unsere Analyse zeigt, dass sie damit oft richtig liegen.»

Milic sieht allerdings darin ein Problem, dass sich die Auswirkungen des kompensatorischen Abstimmens in jüngster Zeit verstärken: «In der Vergangenheit ist kaum eine Initiative angenommen worden. Daher musste man sich nicht gross mit der Umsetzung beschäftigen.» Mit der Zunahme von angenommenen Volksinitiativen zwischen 2005 und 2015 seien die Umsetzungsprobleme aufgetreten. «Dies kann zu einem Teufelskreis führen: Je mehr Initiativen angenommen werden, desto mehr Probleme entstehen bei der Umsetzung und desto stärker wird die Tendenz kompensatorisch abzustimmen, also nicht gemäss individueller Haltung zu einer Sachfrage. Würde diese Entwicklung fortschreiten, wäre die direkte Demokratie gefährdet.»

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) ist ein Forschungszentrum der Universität Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz mit Sitz in Aarau. Weitere Träger sind der Kanton Aargau und die Staat Aarau. www.zdaarau.ch

Beitrag zur Studie

Milic, Thomas (2019): [«Warum das Ergebnis einer Volksabstimmung nur in seltenen Fällen den Volkswillen wiedergibt.»](#), auf: DeFacto, 16. Mai 2019.

Für Rückfragen

Thomas Milic

T 079 600 82 36

Thomas.Milic@zda.uzh.ch